

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

33. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 8. Mai 2014

Inhalt:

Vizepräsidentin Petra Pau:

...

Ich rufe den Zusatzpunkt 7 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Jürgen Trittin, Agnieszka Brugger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kündigung bilateraler Kooperationen im Bereich der Nutzung atomarer Technologien

Drucksache 18/1336 (neu)

Über den Antrag werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Die Kollegin Sylvia Kotting-Uhl für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat als Erste das Wort.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Brasilien baut ein AKW. Brasilien tut das auch mit deutscher Technik; darunter sind auch veraltete Komponenten, die nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen. Und Brasilien tut das in einem Erdbebengebiet.

Die von Deutschland für den Export der deutschen Komponenten bereitgestellte Hermesbürgschaft hat in der letzten Legislatur zu heftigen Debatten geführt. Die SPD wollte mit uns zusammen diese Hermesbürgschaft verhindern. Die Hermesbürgschaft ist aber nur der unvermeidliche Begleiter des Abkommens zwischen Deutschland und Brasilien zur Förderung der sogenannten zivilen Atomkraftnutzung, eines Abkommens, geschlossen in der atomaren Euphorie der 70er-Jahre. Es gibt mehrere dieser Abkommen, alle geschlossen vor Tschernobyl und Fukushima, heute völlig anachronistisch und aus der Zeit gefallen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Abkommen mit Brasilien und das Abkommen mit Indien laufen in diesem Jahr aus. Kündigt man die Abkommen nicht, werden sie automatisch verlängert. Das Abkommen mit Indien läuft heute in einer Woche aus. Diese Abkommen sind keine Petitessen. Wer es mit dem Atomausstieg im eigenen Land

- (A) ernst meint, der kann nicht im Ausland den Ausbau von Atomtechnologie mit Mitteln der Außenwirtschaftsförderung unterstützen. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Begründung des Wirtschaftsministerium, die wir auf unsere Anfrage, warum das Abkommen mit Brasilien nicht gekündigt wird, bekommen haben, lautet übrigens wie immer, wenn es um Atomkraft und deren Nutzung geht: Sicherheit. Die Sicherheit sei erhöht, wenn deutsche Atomtechnik mit dabei sei.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Da hat die Bundesregierung recht!)

Ich sage Ihnen eines, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition: Mehr Sicherheit für Brasilien gibt es nur, wenn dieses Atomkraftwerk nicht gebaut wird, egal mit welcher Technik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Max Straubinger [CDU/CSU]: Das müssen Sie den Brasilianern überlassen!)

Deshalb braucht es Kooperationen in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz und eben nicht im Bereich der Nukleartechnik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die brasilianische Präsidentin macht übrigens keinen Hehl daraus, dass es neben der Stromerzeugung durchaus auch um die Beherrschung des Brennstoffkreislaufs geht.

Schauen wir uns den Atomwaffenstaat Indien an. Er ist zwar Mitglied der IAEA, ist bis heute aber nicht dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag beigetreten. Indien importiert also zivile Atomtechnik, ohne die wesentlichen Kontrollmechanismen für das militärische Atomprogramm aufzuweisen. Damit unterstützt das Atomausstiegsland Deutschland nicht nur den Ausbau der Atomkraftnutzung, sondern auch das Unterlaufen des internationalen Nichtverbreitungsregimes. Eine solche Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht Regierung und Parlament national und international unglaubwürdig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Nun stellen sich Enttäuschungen über Verhaltensweisen selbstverständlich unterschiedlich dar. Ich will nicht verhehlen, dass ich in diesem Fall besonders von den Genossinnen und Genossen der SPD enttäuscht bin. Alle Häuser, die in der Frage der Abkommen eine Rolle spielen, sind in SPD-Hand: das Wirtschaftsministerium, das Umweltministerium und das Auswärtige Amt. In der letzten Legislaturperiode haben Sie noch mit uns die Beendigung der Förderung der Atomkraft im Ausland gefordert. Nichts davon findet sich im Koalitionsvertrag, und Ihre Häuser schweigen. (D)

Am 28. März erfuhren wir in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage, dass das Abkommen mit Indien am 15. Mai ausläuft. Am 16. April bekam Umweltministerin Hendricks von Jürgen Trittin und mir einen Brief mit der Aufforderung, dieses Abkommen jetzt zu kündigen. Keine Reaktion. Deshalb liegt heute unser Antrag vor. Es geht in diesem Antrag nicht nur um das Abkommen mit Indien, sondern es geht um alles, was in diesen Gesamtzusammenhang gehört: das Abkommen mit Brasilien, die Hermesleitlinien, die Kooperationen in den Bereichen Erneuerbare und Energieeffizienz.

Das alles ist nur ein kleiner Teil dessen, was Sie versäumen. Denn wer glaubt, dass sich der Atomausstieg in einem Abschaltplan erschöpft, der irrt,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Hubertus Zdebel [DIE LINKE])

obwohl ich zugeben muss, dass mir selbst der Abschaltplan inzwischen Sorgen macht, wenn ich mir anschau, was man von Ihnen zur Energiewende vorgelegt bekommt. Sie kümmern sich nicht um die Risiken grenznaher AKW. Sie lassen zu, dass mit öffentlichen Forschungsgeldern an atomaren Techniken geforscht wird, zum Teil in Kooperation mit Atomländern wie Frankreich oder auch China. Sie werben nicht für den internationalen Atomausstieg und für die Energiewende, und Sie lassen zu, dass sich das deutsche Gesicht in der EU-Kommission, Energiekommissar Oettinger, als Atomlobbyist betätigt. Heute haben Sie die Chance, zu zeigen, dass Sie zumindest den Zusammenhang zwischen diesen Abkommen und dem Atomausstieg verstehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind auch in Euratom gefangen. Wir haben hier schon oft darüber diskutiert. Uns wird als Begründung immer genannt: Wir können nicht aus Euratom aussteigen, weil dies ein EU-Vertrag ist. Diese Abkommen sind keine EU-Verträge. Man kann sie kündigen. Machen Sie im Sinne von Konsequenz und Glaubwürdigkeit den Schritt. Sie haben heute die Chance, das zu zeigen. Stimmen Sie, zumindest die Genossinnen und Genossen von der SPD, unserem Antrag zu, diese antiquierten Abkommen 40 Jahre nach ihrem Zustandekommen heute in einer völlig veränderten Welt endlich zu kündigen.

(A) Vielen Dank.

(C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Stefan Liebich [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Elisabeth Motschmann für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Elisabeth Motschmann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kotting-Uhl, zunächst möchte ich Ihren Vorwurf, dass Herr Oettinger ein Atomlobbyist ist, zurückweisen.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat sich selbst so titulierte! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann man ganz sicher so nicht sagen. Die uns von Ihnen unterstellte Atomeuphorie hat es aus meiner Sicht auch nie gegeben.

Alle Jahre wieder kommt ein ähnlicher Antrag von Ihnen zur Kündigung bilateraler Kooperationen im Bereich der Nutzung atomarer Technologien. Das gehört zu Ihren Lieblingsthemen. Wie bereits in der letzten Legislaturperiode geht es auch heute wieder um die Hermesbürgschaften – Sie haben es eben gesagt – für ein Atomkraftwerk in Brasilien. In Ihrem Antrag heißt es – ich zitiere –:

Wer zu Hause aus der Atomkraft aussteigt, weil ihre Risiken zu groß und die hochgefährlichen Hinterlassenschaften nicht verantwortbar sind, kann sie im Ausland nicht durch gezielte Außenwirtschaftsförderung begünstigen.

So weit Ihr Antrag.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Klingt gut!)

Das klingt im ersten Moment plausibel und einleuchtend,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

ist es aber nicht. Wer im eigenen Land so etwas beschließt, kann noch lange nicht fordern, dass alle anderen es dann auch tun.

(B)

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber dafür arbeiten! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Sie können es fordern, aber Sie können es nicht erzwingen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wollen wir auch gar nicht!)

Bei genauer Betrachtung der Lage in den anderen Ländern – diese haben Sie viel zu wenig betrachtet – können Sie eine solche Forderung eben nicht aufrechterhalten.

Unsere Regierung hat beschlossen, dass Deutschland mittelfristig aus der Atomkraft aussteigt. Ich stehe voll und ganz dahinter, meine Fraktion selbstverständlich auch.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann hören Sie doch auf, sie zu exportieren!)

Der Fokus liegt auf den erneuerbaren, nachwachsenden und reproduzierbaren Energien. Dennoch ist uns aber auch bewusst, dass wir noch nicht ganz aus der Atomenergie aussteigen und noch nicht völlig auf sie verzichten können. Sie bleibt noch für einige Jahre ein Teil -unseres Energiemixes. Fossile Energieträger und Kernenergie sind derzeit noch Bestandteil der Brückentechnologie auf dem Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien.

Wir haben allerdings – im Gegensatz zu Ihnen – nie, zu keinem Zeitpunkt, eine Politik der Angst im Hinblick auf die Atomenergie betrieben.

(Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Um Gottes willen, nein! – Peter Meiwald [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber die Menschen haben Angst vor der Atomenergie!)

– Ja, das haben Sie gemacht. Ich will Ihnen auch ein Beispiel nennen, ein Beispiel, das ich in wirklich un-guter Erinnerung habe: Claudia Roth hat anlässlich des Fukushima-Jahrestages die 16 000 Toten der Atomkatastrophe beklagt.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat denn das jetzt mit den Hermesbürgschaften zu tun?)

- (A) Das waren aber nicht 16 000 Tote der Atomkatastrophe, sondern des Tsunamis und des Erdbebens. Als die Atomkatastrophe kam, waren diese Menschen bereits tot. So kann man das nicht machen. Ich finde es einfach nicht in Ordnung, wenn man hier mit den Ängsten der Menschen spielt. Genau das tun Sie beim Thema Atomenergie. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man soll vor Fukushima also keine Angst haben, ja? Das müssen Sie den Menschen wirklich mal so sagen!)

Aber zurück zum Antrag. Sie fordern – wie immer belehrend –,

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Sie sind belehrend!)

dass wir den anderen Ländern vorschreiben sollen, wie sie zu handeln haben.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Es geht darum, wie wir zu handeln haben!)

Deutschland hat infolge einer Risiko- und Interessenabwägung für sich entschieden, wie es mit der Kernenergie in Deutschland weitergehen bzw. nicht weitergehen soll. Da sind wir ja auch vorbildlich. Wir sind das einzige Land auf der Welt, das diesen Sonderweg geht.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht ganz! – Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Es liegt aber in der souveränen Entscheidung eines jeden Staates, bei der Ausgestaltung seiner Energiepolitik einen anderen Energiemix zu wählen.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Eine Bevormundung – das ist immer Ihre Schwäche –,

(Peter Meiwald [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unsere souveräne Entscheidung, was wir exportieren!)

in diesem Fall eine Bevormundung anderer Staaten hinsichtlich der Energiepolitik, oder eine mittelbare Einflussnahme liegen nicht im Interesse deutscher Außenpolitik.

- (B) Wir mögen es ja gewohnt sein, dass der Strom bei uns in Deutschland immer fließt; daran haben wir uns gewöhnt. Das ist aber nicht in allen Ländern so. (D)

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt hören Sie doch auf, Angst zu schüren!)

Zum Beispiel erwähnen Sie in Ihrem Antrag Brasilien, ein Land – ganz nebenbei –, das ich sehr gut kenne.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! 47 Prozent Erneuerbare!)

Ich bin in den Elendsvierteln von Brasilien gewesen und weiß, wie es den Menschen dort geht;

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wird das mit Atomstrom besser? – Gegenruf des Abg. Max Straubinger [CDU/CSU]: Ja! – Gegenruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben 47 Prozent Erneuerbare! Die brauchen das nicht!)

auch darüber müssen wir einmal reden. Zum einen gibt es dort keine flächendeckende Stromversorgung. Zum anderen leidet dieses südamerikanische Land mit seiner rasch wachsenden Wirtschaft immer wieder unter stundenlangen Stromausfällen.

Zwei Beispiele will ich nennen. Im Oktober 2012 legte eine Panne den gesamten Norden und Nordosten des Landes lahm. Im November 2009 waren rund 60 Millionen Menschen in Brasilien von einem Mega-Blackout betroffen.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, dann machen Sie eine Energiekooperation! Aber keine Atomkooperation! – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist übles Angstschüren! Angst schüren ist das, was Sie da machen!)

Das ist Ihnen völlig egal. Uns ist das nicht egal.

Der Weg hin zu einer flächendeckenden und verlässlichen Stromversorgung ist für viele Länder noch weit.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig! Und dann schickt man sie in die atomare Falle?)

- (A) Nicht nur die ärmsten Länder der Welt, sondern auch Länder wie China oder Indien, die Sie in Ihrem Antrag ebenfalls nennen, weisen in ländlichen Regionen noch erhebliche Mängel bei der Stromversorgung auf; (C)

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, natürlich! Und?)

das wissen Sie ganz genau, und das brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

(Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sollen wir dem Iran auch helfen, ja? Atomkraftwerke in den Iran – eine tolle Idee! – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sollen die jetzt alle Atomkraftwerke kriegen?)

Sie fordern, dass Deutschland den Menschen in diesen Ländern seine Hilfe bei der Stromversorgung entziehen soll.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Ich verrate Ihnen etwas: Es gibt noch Strom außerhalb von Atomstrom!)

Genau das wollen wir nicht. Deutschland muss aber seine internationale Verantwortung annehmen und die Menschen in diesen Ländern unterstützen.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Das, was Sie da behaupten, hat niemand gesagt!)

– An Ihrer Aufregung sehe ich, dass das, was ich sage, wohl doch ganz richtig ist, und dass Sie es verstanden haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Niema Movassat [DIE LINKE]: Nein! Es ist völlig falsch, was Sie sagen! Deshalb regen wir uns auf! – Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Das ist leider ziemlicher Unsinn! – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Ich wollte Ihnen ein Geheimnis verraten! Es gibt noch anderen Strom als Atomstrom!)

– Das mit den Geheimnissen machen wir dann nach der Rede; sonst geht mir meine Redezeit verloren.

Ihre Forderung, Ländern wie Indien oder Brasilien Bedingungen zur verstärkten Energieeffizienz oder zur Minderung der CO₂-Emissionen aufzuzwängen, können wir nicht unterstützen. Es geht immer um Freiwilligkeit.

- (B) (Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo steht das, Frau Motschmann? Wo steht das Wort „Bedingungen“?) (D)

– Ganz einfach: Wenn die Hermesbürgschaften zurückgezogen werden, dann können diese Länder ihre Stromversorgung nicht gewährleisten und nicht finanzieren.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach?)

Das finden Sie gut

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Niema Movassat [DIE LINKE])

und wir schlecht.

Mit Blick auf große Teile dieser Länder gehen solche Diskussionen an der Realität vorbei, die Sie offenbar nicht kennen; und das tut mir leid.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden an der Realität vorbei, verehrte Frau Kollegin! Ich weiß nicht, in welcher Realität Sie leben!)

Die Menschen in diesen Ländern brauchen zuallererst eine flächendeckende Stromversorgung. Die Wirtschaft in diesen Ländern braucht diese Stromversorgung,

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die ist doch sowieso noch gar nicht da!)

um sich überhaupt weiterentwickeln zu können. Man kann die Kraftwerke doch gar nicht von jetzt auf gleich ersetzen.

Wir können diesen Ländern nicht unsere deutschen Maßstäbe, Vorstellungen und Wünsche aufzwingen, auch wenn Sie von den Grünen es immer wieder so gerne tun.

(Peter Meiwald [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir zwingen nichts auf!)

Angesichts Ihrer sozialen Einstellung, die ich ja sehr schätze und die ich auch immer wieder sehe, wundert es mich etwas, dass Sie gerade das Elend, die Probleme der Menschen in diesen Ländern nicht sehen und solche Vorschläge machen.

(Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quatsch! – Peter Meiwald [BÜND-

- (A) NIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat Ihnen diese Rede geschrieben? – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hören Sie doch einmal auf, diese Menschen für Ihre Atompolitik zu instrumentalisieren! – Gegenruf des Abg. Max Straubinger [CDU/CSU]: Frau Motschmann hat recht! So ist es!) (C)

– Genau das ist der Punkt.

Ich will am Ende noch auf einen Punkt Ihres Antrages eingehen: Sie behaupten, dass die Bundesrepublik Deutschland „ihrer außenpolitischen Mitverantwortung nicht gerecht“ wird und dass unsere Politik „sämtliche Bemühungen im Bereich der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen“ untergräbt; Sie haben das ja eben auch erwähnt. – Deutschland ist sich der besonderen Sensibilität von Nuklearprojekten absolut bewusst. Das zeigt sich schon bei der Besetzung des Interministeriellen Ausschusses für Exportkreditgarantien. Auch das sollten Sie einmal erwähnen: Allein daran sind vier Bundesministerien beteiligt: BMWi, BMF, Auswärtiges Amt und BMZ.

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und sie treffen die falschen Entscheidungen!)

– Sie meinen, die irrten alle

(Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Manchmal kommt so etwas vor!)

und nur Sie hätten immer recht? Nein, haben Sie nicht. – Solche Exporte werden strengstens geprüft, und es wird abgewogen, inwieweit deutsche Hilfen eventuell zweckentfremdet und für den Bau von Waffen eingesetzt werden können, so wie es sich für einen Rechtsstaat gehört.

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. Am Ende sage ich noch einmal: Die Grünen wollen immer alles bestimmen, sie wollen uns den Veggie Day aufzwingen,

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

um aus Nachhaltigkeitsgründen den Fleischkonsum zu verringern. Jetzt wollen die Grünen diesen Ländern aufzwingen, dass sie sich aus der Atomenergie verabschieden – wohl wissend, dass sie das in diesem Moment und von jetzt auf gleich ganz bestimmt nicht können.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Motschmann, ich muss Sie jetzt bitten, diesen angeregten Dialog zu beenden.

- (B) **Elisabeth Motschmann (CDU/CSU):** Ihre Bevormundungspolitik lehnen wir ab. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Veggie Day statt Intellect!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat nun der Kollege Hubertus Zdebel das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Hubertus Zdebel (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, dass die Rede, die Frau Motschmann gerade gehalten hat, eine sehr lustige Rede war; das trifft insbesondere auf den Vorwurf zu, dass wir als Opposition beim Thema Atomenergie eine Politik der Angst machen würden. Wer angesichts von Fukushima und Tschernobyl weiterhin davon redet, dass mit Atompolitik eine Politik der Angst gemacht werde, der hat überhaupt nichts verstanden. Das möchte ich hier an dieser Stelle noch einmal deutlich festhalten.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Atomausstieg in Deutschland und weitere Atomförderung im Ausland passen nicht zusammen; das ist auch unsere Meinung. Vor diesem Hintergrund sagen wir vollkommen klar, dass die Abkommen zur Förderung von Atomenergie – dazu gehören auch die bilateralen Atomverträge – gekündigt werden müssen, und zwar dringend.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund ist es vollkommen richtig, jetzt sofort aktiv zu werden. Ich bin der Fraktion der Grünen auch sehr dankbar für die Kleine Anfrage, die sie gestellt hat, und für den sich daraus ergebenden Antrag, das deutsch-indische Atomabkommen jetzt sofort und in nächster Zeit auch das deutsch-brasilianische Atomabkommen zu beenden. Deswegen sage ich für die Fraktion der Linken ganz klar: Wir

- (A) werden den Antrag der Grünen unterstützen. Wir setzen uns genau für diese Ziele ein, die in dem Antrag (C) formuliert worden sind.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage an dieser Stelle auch, dass ich sehr gespannt darauf bin, wie sich die SPD in der namentlichen Abstimmung gleich verhalten wird. Auch ich habe nämlich nicht vergessen, dass sich die SPD in der vergangenen Legislaturperiode dafür stark gemacht hat, dass Hermesbürgschaften bezüglich des Atomkraftwerks in Brasilien nicht weiter erteilt werden, und dass in dieser Angelegenheit auch Druck aufgebaut worden ist, ein Druck, der nicht ganz erfolglos geblieben ist, weil daraufhin nämlich eine Ausweichfinanzierung angestrebt worden ist.

Auch ich bin sehr enttäuscht darüber, wie sich die SPD jetzt in der Bundesregierung zu diesen ganzen Fragen verhält.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Das betrübt uns sehr!)

Deswegen bin ich sehr gespannt darauf, wie das in der namentlichen Abstimmung gleich aussehen wird.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Peter Meiwald [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas zum deutsch-brasilianischen Atomabkommen sagen. Ich war sehr beeindruckt von einem Gespräch, das Anfang April 2014 bei einem Treffen mit renommierten Vertreterinnen und Vertretern der brasilianischen Zivilgesellschaft auf Einladung von urgewald hier in Berlin stattfand, an dem auch meine Kollegin Bulling-Schröter teilgenommen hat. Dabei war auch Chico Whitaker. Er ist Mitbegründer des Weltsozialforums und bis heute Mitglied im Internationalen Rat des Weltsozialforums. Im Jahre 2006 erhielt er unter anderem auch den Alternativen Nobelpreis.

Es war eine sehr angeregte Debatte mit den Vertretern von urgewald aus Brasilien. Chico Whitaker sagte bei der Gelegenheit, dass es keinesfalls ein diplomatischer Affront wäre, wenn die deutsche Bundesregierung den bilateralen Atomvertrag zwischen den beiden Ländern zum Ende des Jahres kündigen würde. Er sagte:

Im Gegenteil: Das wäre eine wichtige Unterstützung Deutschlands für Brasilien. ...

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Außerdem wäre es eine sehr wichtige und mehr als opportune Maßnahme, jetzt, wo wir des (D) 50. Jahrestages des Militärputsches in Brasilien gedenken,

in dieser Angelegenheit aktiv zu werden. Meine Damen und Herren, Sie sollten nämlich nicht vergessen – für den Fall, dass Sie es vergessen haben oder nicht wussten, sage ich es Ihnen noch einmal –, dass dieser Vertrag damals von den brasilianischen Militärs ausgehandelt worden ist. In meinen Augen ist es auch vor diesem Hintergrund – ich zitiere Chico Whitaker – „höchste Zeit, sich von diesem Relikt einer unheilvollen Kooperation zu verabschieden.“

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem hat Herr Whitaker bei der Gelegenheit des Gesprächs sehr deutlich gesagt – das sollten Sie sich auch als Koalition noch einmal hinter die Ohren schreiben –:

Wer im eigenen Land aus der Atomkraft „aussteigt“, sollte keine doppelten moralischen Standards anwenden und deswegen auch nicht weiter den Ausbau der Atomkraft im Ausland unterstützen.

Dieser Aussage können wir Linke uns nur anschließen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss. Die Bundesrepublik ist nicht nur durch die Abkommen mit Indien und Brasilien an der Förderung von Atomenergie beteiligt, sondern Deutschland ist nach wie vor auch Unterzeichner des Euratom-Vertrages. Wir Linken sagen schon lange: Euratom verfestigt die Förderung der Atomenergie und muss aufgelöst werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch ein anderer Aspekt ist mir persönlich sehr wichtig. Weil ich aus dem Münsterland komme, möchte ich bei dieser Gelegenheit auch noch einmal daran erinnern, dass es nach wie vor die Urananreicherungsanlage in Gronau gibt, die von der Firma Urenco betrieben wird. Diese Firma Urenco gibt es nur auf Basis eines trilateralen Vertrages, der in den 70er-Jahren zwischen Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien geschlossen worden ist. Diese Firma soll jetzt privatisiert werden. Meiner Meinung nach gehört auch dieser trilaterale Vertrag von Almelo – so heißt er nämlich – zwischen diesen Staaten, der die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der gefährlichen Gaszentrifugentechnik regelt, auf den Prüfstand. Es ist

- (A) nämlich nicht mit einem unverzüglichen Atomausstieg vereinbar, dass in Gronau weiterhin Uran angereichert wird. Sie sollten schleunigst aus dieser Technologie aussteigen. (C)

In diesem Sinne: Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Kollegin Dr. Nina Scheer hat für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Nina Scheer (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es muss klar sein, dass es keinen Widerspruch zwischen einer nationalen Atomausstiegspolitik und dem internationalen Verhalten bezüglich der sogenannten friedlichen Nutzung von Atomenergie geben darf. Das ist grundsätzlich klar; ich denke, auch allen hier im Raum Befindlichen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Daraus erschließt sich, dass keine in die Zukunft gerichteten, auf neue Investitionen zielenden Vereinbarungen in diesem Bereich geschlossen werden dürfen. In -Ihrem Antrag wird erwähnt – das ist ein richtiger Kritikpunkt –, dass Indien dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag bis heute nicht beigetreten ist. Insofern ist es wichtig und richtig, dass uns dieser Antrag heute vorliegt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Detlev Pilger [SPD])

Was wir aber brauchen – ich finde, dieser Antrag muss dafür die Tür öffnen –, ist eine öffentliche breite Bewusstwerdung über den Zusammenhang zwischen der zivilen und der kriegerischen Nutzung von Atomenergie. Vor ein paar Monaten gab es auf der europäischen Ebene Bemühungen, die Möglichkeiten der zivilen Nutzung von Atomenergie zu erleichtern. Auch europäische Staaten, die selber über Atomwaffen verfügen, haben sich dafür starkgemacht. Das waren insbesondere Großbritannien und Frankreich. Aber auch Lettland und andere Zulieferstaaten waren darunter.

- (B) Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der kriegerischen Nutzung und der friedlichen Nutzung von Atomenergie. Ein Staat, der Atomenergie nicht zu friedlichen Zwecken nutzt, ist nicht in der Lage, sich ein Atomwaffenarsenal aufzubauen. Das muss uns bewusst sein. Insofern ist es wichtig, darauf zu schauen, was dieser wichtige Vertrag der Nuklearen Nichtverbreitung von uns verlangt. Er verlangt, dass die Zahl der Atomwaffen reduziert wird, dass diese Waffen abgeschafft werden. Im Gegenzug versprechen Staaten, die über keine Atomwaffen verfügen, dass sie sich solcher nicht bemächtigen werden. Aber wir sind heute weit von einer atomwaffenfreien Welt entfernt. Insofern ist es wichtig, auf diese Verknüpfung hinzuweisen. (D)

Ich erwähne das an dieser Stelle, weil diese Verknüpfung natürlich immer, wenn wir über die zivile Nutzung von Atomenergie sprechen, mitschwingen muss. Insofern ist das an dieser Stelle ein wichtiger und in der Zukunft ein ganz wesentlicher Faktor. Wir kommen nicht von der Atomenergie herunter, wenn wir das Problem mit den Atomwaffen nicht lösen können.

Die SPD-Fraktion hat 2012 den Antrag eingebracht, dass die Atomverträge zwischen Deutschland und Brasilien sowie zwischen Deutschland und Argentinien in eine Kooperation dahin gehend überführt werden sollen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu fördern und auszubauen. Einen gleichlautenden Antrag hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gab allerdings keinen gleichlautenden Antrag zu dem Vertrag mit Indien. Auch das ist ein Fakt. Insofern stelle ich an dieser Stelle fest, dass wir es trotz unserer Kehrtwende hierzulande, weg von der zivilen Nutzung der Atomenergie, und zwar nicht erst seit dieser Legislaturperiode, versäumt haben, diese beiden Abkommen, die seit Jahrzehnten laufen – mit Indien seit 1972 und mit Brasilien etwas später –, kritisch zu untersuchen bzw. deutlich zu machen, dass wir daran nicht festhalten wollen.

Wir haben dabei auch versäumt, genauer hinzuschauen, ob wir aus sicherheitspolitischen Gründen und aufgrund von Passagen in diesen Verträgen möglicherweise verpflichtet sind, an diesen Verträgen festzuhalten, und ob es möglich ist, diese Verträge entsprechend weiterzuentwickeln. Auch dazu kam es nicht. Dieses schwere Versäumnis können und sollten wir im Zuge entsprechender Anträge nachholen.

Ich denke, ich brauche nicht extra aus der entsprechenden Antwort der Bundesregierung auf eine An-

- (A) frage von Bündnis 90/Die Grünen vom 1. April 2014 zu zitieren, die diese sicherheitspolitischen Fragen aufgreift. (C)

Der vorliegende Antrag enthält im Wesentlichen zwei Forderungen, nämlich zum einen, die Verträge mit Brasilien und Indien aufzukündigen, und zum anderen, in eine Förderung einzusteigen. Bezüglich der Förderung kann man feststellen, dass immerhin schon ein Milliardenprogramm für Indien aufgelegt worden ist. 1 Milliarde Euro ist dafür vorgesehen.

Bezüglich der Kündigung ist zu sagen: Es ist eine ernstzunehmende Fragestellung,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

welche Bestimmungen in den Verträgen uns veranlassen müssen, aus den Verträgen auszusteigen. Es ist aber eine genauso ernstzunehmende Herausforderung, darauf zu achten, ob es Passagen gibt, an denen wir festhalten müssen, und was uns verleiten müsste, solche Verträge entsprechend weiterzuentwickeln.

(Zuruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich habe im Vorfeld dieser Debatte versucht, zu erreichen, dass wir den Austausch, den wir dringend brauchen, im parlamentarischen Prozess hinbekommen. Ich habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gebeten, von der namentlichen Abstimmung heute abzusehen und die Abstimmung zu vertagen. Wir haben uns unter den Fraktionen darüber ausgetauscht. Ich hätte es für richtig befunden, solche Fragen in den Ausschüssen zu debattieren.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Scheer, ich habe gerade die Uhr angehalten und muss Sie fragen, ob Sie eine Frage oder Bemerkung der Kollegin Haßelmann zulassen.

Dr. Nina Scheer (SPD):

Ja.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Bitte.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Vielen Dank, Frau Präsidentin, und vielen Dank auch, Frau Scheer. – Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie uns gebeten haben, diesen Antrag heute zurückzustellen und ihn in den Fachausschüssen zu beraten. Ich glaube, es ist sachlich völlig klar, dass wir das aus einem Grund nicht tun können. Am 15. Mai steht nämlich die Verlängerung des Atomabkommens zwischen Indien und Deutschland an. Wenn wir heute Ihrem Anliegen stattgegeben hätten, dann würde als laufendes Geschäft der Bundesregierung, der Sie als SPD-Fraktion angehören, der Atomvertrag mit Indien einfach so verlängert werden. (D)

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Der wird sowieso verlängert!)

Da wir als Fraktion wollen, dass dieser Atomvertrag mit Indien nicht verlängert wird, muss heute über unseren Antrag entschieden werden. Es steht doch der Möglichkeit, über Brasilien oder die Hermesbürgschaften sehr grundsätzlich zu reden, nichts im Wege, wenn wir heute diesen Antrag in namentlicher Abstimmung beschließen. Dazu kann sich dann jede und jeder Abgeordnete entsprechend verhalten.

Sie haben als SPD-Fraktion in der letzten Legislaturperiode auch zwei Anträge dazu eingebracht. Deshalb verstehe ich nicht, warum Sie unsere Argumente nicht nachvollziehen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dr. Nina Scheer (SPD):

Bezüglich Indien – hier wurde das Abkommen mit -Indien mit der Kündigungsfrist zum 15. Mai angesprochen – gab es in den letzten Jahren keine Anträge, in -denen die Kündigung gefordert wurde. Das bezog sich auf Brasilien.

Mir ist nicht entgangen, dass ein Ablauf der Frist bevorsteht. Wenn ich Ihnen sage, Sie hätten den Antrag auch früher stellen können, dann nur auf Ihre Nachfrage hin. Denn ich weiß selber, dass wir alle uns früher damit hätten befassen können.

Nichtsdestotrotz enthält der Antrag mehrere Punkte. Das Abkommen mit Indien ist nur ein Punkt von vielen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber ein sehr wesentlicher!)

– Wenn es ein sehr wesentlicher wäre, dann frage ich mich, warum man das nicht etwas sortierter im Vor-

- (A) feld behandelt hat. Warum hat man das nicht trennen können? Warum musste man das in einem Paket (C) machen? Das weckt bei mir den Eindruck – diesen Eindruck teilen, glaube ich, auch viele in unserer Fraktion –, dass wir etwas vorgeführt werden sollen mit einem Abstimmungsverhalten, was zwar zu Inkongruenzen mit einem früheren Verhalten führt, aber nur partiell.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist nicht sachgerecht, und ich finde es auch nicht fair. Ich finde es nicht sachgerecht im Umgang mit diesen ernstzunehmenden Fragestellungen.

Ich finde es zwar richtig, dass Sie das thematisieren. Aber in dieser Form sind wir nicht dazu in der Lage, uns damit sachgerecht auseinanderzusetzen, und haben keine Möglichkeit, uns darüber parlamentarisch auszutauschen.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kündigen Sie den Vertrag einfach!)

Insofern halte ich meine Kritik aufrecht.

Ich möchte hinzufügen, dass ich einen Blick in die Verträge geworfen habe. Tatsächlich verlängert sich der betreffende Vertrag mit Indien automatisch, wenn wir nicht bis zum 15. Mai gekündigt haben. Aber es gibt jederzeit eine Kündigungsmöglichkeit mit einer Frist von zwölf Monaten. Angesichts der Tatsache, dass der Vertrag mit Indien aus dem Jahr 1972 stammt, dass wir Zeit benötigen, um uns mit den infrage stehenden Punkten auseinanderzusetzen, und in Anbetracht des Umfangs der Thematik sind zwölf Monate kein Zeitraum, der nicht zu verkraften wäre. Wenn ich Ihren Antrag lese, dann komme ich zu dem Schluss, dass es überwiegend Ihre Absicht ist, dass wir nicht in der Lage sein sollen, uns damit sachgerecht auseinanderzusetzen und darüber zu debattieren. Das finde ich schade. Warum geben Sie uns mit Ihrem Antrag nicht die Möglichkeit eines parlamentarischen Prozesses?

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie kriegen den Antrag hinterher!)

Das wäre des Parlaments würdig. Ich finde es nicht korrekt, dass uns hier keine entsprechende Möglichkeit gegeben wurde.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Sie haben nicht zugestimmt, dass das an den Ausschuss verwiesen und dann dort beraten wird. Wir hatten darüber gesprochen, das mit öffentlichen Anhörungen zu begleiten. Aber auch dem wurde nicht ent- (D) sprochen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Scheer, ich habe die Uhr schon wieder angehalten, da es noch einen Frage- bzw. Bemerkungswunsch gibt. Aber bevor wir darüber verhandeln, ob Sie den zulassen, bitte ich erst einmal alle Kolleginnen und Kollegen, die erfreulicherweise schon im Plenum des Bundestages erschienen sind – wahrscheinlich in froher Erwartung der demnächst folgenden namentlichen Abstimmung –, sich einen Sitzplatz zu suchen und die Möglichkeit zu geben, dass wir den Ausführungen der Kollegin Scheer und derjenigen, mit denen sie jetzt gegebenenfalls in einen direkten Austausch tritt, folgen. Ich bin fest davon überzeugt, dass für jeden gewählten Parlamentarier und jede gewählte Parlamentarierin des 18. Deutschen Bundestages ein Sitzplatz existiert. Das gilt im Übrigen auch für die Mitglieder der Bundesregierung.

Frau Scheer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kotting-Uhl?

Dr. Nina Scheer (SPD):

Ich bin zwar schon fast fertig, aber gut.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Dann hat die Kollegin Kotting-Uhl das Wort.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Scheer, ich möchte Ihnen zuerst einmal danken für Ihren wirklich differenzierten Umgang mit unserem Antrag. Das ist sehr wohlthuend; denn es gab heute ja auch schon andere Beiträge.

Ich will Ihnen erklären, warum wir diesen Antrag jetzt eingebracht haben. Ich habe das bereits in meiner Rede angerissen, will es aber noch einmal betonen. Wir haben am 28. März die Antwort auf unsere Kleine Anfrage bekommen und dann realisiert, dass sich das infrage stehende Abkommen verlängert, wenn wir nicht bis zum 15. Mai – in einer Woche – reagieren. Wir haben daraufhin sofort einen Brief an die Bundesumweltministerin geschrieben mit der Bitte, dieses Abkommen nun zu kündigen. Ich habe mir, ehrlich gesagt, reichlich Hoffnung gemacht – die drei für dieses Abkommen zuständigen Ministerien, Wirtschaftsministerium, Umweltministerium und Auswärtiges Amt, sind in SPD-Hand, und wir waren uns in der

- (A) letzten Legislaturperiode mit der SPD einig darüber, dass die Fortführung solcher Abkommen mit unserem deutschen Atomausstieg im Grundsatz nicht kongruent ist –, dass es keine großen Probleme gibt und dass das in die Hand genommen wird. Erst als keine Reaktion von Frau Hendricks kam, haben wir diesen Antrag geschrieben. Deswegen ist die Frist nun so kurz. (C)

Abgesehen davon möchte ich fragen: Was hindert Sie, wenn Sie und andere Mitglieder der SPD im Kern mit uns übereinstimmen, daran, Ihrerseits Frau Hendricks, Herrn Gabriel und Herrn Steinmeier noch einmal zu bitten, die Frist innerhalb von einer Woche wahrzunehmen und ein deutliches Zeichen zu setzen?

Dr. Nina Scheer (SPD):

Ich stimme darin überein – ich denke, das teilen viele meiner Fraktionskollegen –, dass das eine bedeutsame Frage ist und dass es nicht hinnehmbar ist, dass Teile des Abkommens darauf zielen, an einer friedlichen Kooperation zur zivilen Nutzung der Kernenergie festzuhalten, als ob es keinen deutschen Atomausstieg gäbe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das kann so nicht weiterlaufen. Es gibt aber auch Stimmen, die sagen: Das ist nicht das Maßgebliche des Abkommens. Maßgeblich ist, dass wir Teile des Abkommens brauchen, um gewisse Sicherheitsanforderungen aufrechtzuerhalten. – Eigentlich sind das Äußerungen, die vor den Doppelpunkt gezogen sind. Wir müssten uns jetzt damit befassen. Aber genau eine solche Befassung kann nicht stattfinden, weil wir heute darüber abstimmen.

Wir würden diese Frist, die jetzt ansteht, tatsächlich verpassen. Das denke auch ich. Aber eine sachgerechte Auseinandersetzung erfordert das auch. Wir alle hätten uns früher damit befassen müssen; ich möchte die Schuld gar nicht bei Ihnen suchen. Da wir das nicht getan haben, sind wir hier und heute an dem Punkt, dass die Befassung ausgeblieben ist. Uns bleibt nichts anderes übrig, als heute zu entscheiden, dass wir uns erst noch damit befassen müssen. Wir können nicht von heute auf morgen für alle über 600 Abgeordneten sprechen. Das ist nicht möglich in dieser Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Insofern kann es an dieser Stelle nur dabei bleiben, dass dieser Antrag in die parlamentarische Beratung hätte gehen müssen. Davon kann ich nach meiner festen Überzeugung mit Blick auf die vorliegenden Fragestellungen nicht abrücken. Insofern bitte ich um Ihr Verständnis, dass ich dem nicht folgen kann. (D)

(Beifall bei der SPD)

Eine kurze Bemerkung zu den Äußerungen meiner Koalitionskollegin Frau Motschmann wollte ich noch loswerden. Frau Motschmann, ich sehe es nicht so, dass die Bemühungen, die Energiewende auch weltweit zu einem Erfolg zu führen, sei es durch Förderprogramme, die wir auflegen, sei es durch Kooperationen, die wir früher übrigens auch bei der Atomenergie durchaus eingegangen sind, etwas mit Bevormundung zu tun hätten. Ich finde es grundlegend falsch, zu behaupten, dass die Bestrebungen nach einer umweltfreundlichen, klimaneutralen und von fossilen Ressourcen unabhängigen Energieversorgung, die wir weltweit in Gang bringen wollen, und zwar aus der Überzeugung heraus, dass das weltweit ein Erfordernis ist, etwas mit Bevormundung zu tun haben. Das ist keine Position, der wir zustimmen könnten, und deshalb weise ich das zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend möchte ich mit Blick auf meine vorigen Ausführungen und meine Einschätzung, dass wir die parlamentarischen Beratungen über die vorliegenden Abkommen dringend bräuchten, nur bitten, zur Kenntnis zu nehmen, dass ein eventuell ablehnendes Abstimmungsverhalten der Mitglieder meiner Fraktion nicht repräsentativ ist und keinen Aufschluss über die Positionierung meiner Fraktion in der Sache geben kann. Das ist jetzt meine Einschätzung. Das heißt nicht, dass wir uns enthalten könnten. Auch Sie wissen, was im Koalitionsvertrag steht. Ich kann nicht für alle Fraktionskollegen sprechen im Hinblick darauf, wie sie mit dieser Frage umgehen. Ich werde den Antrag ablehnen, nicht weil ich viele Teile daraus nicht mittragen könnte, sondern weil ich es nicht richtig finde, wie an dieser Stelle mit den betreffenden Fragestellungen umgegangen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte ernsthaft, in allen Fraktionen jetzt dafür zu sorgen, dass wir

- (A) die Beratung bis zur namentlichen Abstimmung in geordneter Weise hier fortsetzen können. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Kollege Lengsfeld sehr stolz darauf ist, dass er fast vor dem gesamten Hause seine erste Rede halten kann. Aber ich finde, dazu gehört auch, dass sich sowohl seine Fraktionskollegen als auch die Kollegen der anderen Fraktionen in die Reihen ihrer Fraktionen begeben und die notwendige Aufmerksamkeit herstellen. Ich werde die Debatte vorher nicht fortsetzen. (C)

(Beifall)

Es ist nicht so, dass wir keine Zeit haben. – Ich verkneife mir jetzt auch alle Bemerkungen über die Vorsitzenden der betroffenen Fraktionen.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Herr Kauder, Sie sind angesprochen! Alles wartet auf Sie!)

Ich würde gerne Ihrem Kollegen Lengsfeld das Wort zur ersten Rede geben, Kollege Kauder.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ja! Tun Sie das doch!)

Dazu versuche ich, die Aufmerksamkeit des gesamten Hauses auf ihn zu lenken.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Die haben Sie von mir!)

Das gilt natürlich auch für alle anderen, die noch keinen Platz gefunden haben.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Wenn nicht alle sitzen, muss ich auch nicht! – Heiterkeit)

– Ich hatte eigentlich Hilfe erhofft. Wenn schon meine Autorität nichts gilt, wird doch wohl die Autorität des Kollegen Kauder in der Union noch etwas gelten.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich gestehe Ihnen, es betrübt mich, dass auch meine Fraktion meine Mahnung nicht wahrnimmt.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Hockt euch mal hin, ihr dahinten!)

Ich habe mein Möglichstes getan, Kollege Lengsfeld. – Das Wort für die CDU/CSU-Fraktion hat der Kollege Dr. Philipp Lengsfeld.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B)

(D)

Dr. Philipp Lengsfeld (CDU/CSU):

Frau Präsidentin, vielen Dank für die nette Einleitung. Vielen Dank auch für die Unterstützung. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, liebe Frau Kotting-Uhl, über den von Ihnen vorgelegten Antrag kann man sicherlich sagen, dass er konsequent wirkt. Da Deutschland aus der Atomenergie aussteigt, sollen wir auch mit keinem anderen Land auf der Welt im Bereich sichere zivile Nutzung der Atomenergie zusammenarbeiten.

(Peter Meiwald [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt keine sichere Nutzung!)

In Ihrem konkreten Antrag geht es um Indien und Brasilien – das alles ist dargestellt worden – aufgrund der zur Verlängerung anstehenden Verträge mit diesen Ländern. Ja, dies sieht konsequent aus. Aber schauen wir einmal genauer hin. Deutschland besitzt auf dem Feld der Atomenergie nun einmal eine außerordentliche Expertise; das ist so. Es muss doch in unserem Interesse sein, dass die brasilianischen und indischen Atomkraftwerke sicher sind.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das geht nicht!)

Deutschland hat übrigens auch einen exzellenten Ruf als internationaler Kooperationspartner. Wenn wir also helfen können, warum sollen wir dann anderen das Feld überlassen? Reden wir also über Konsequenz, oder reden wir eigentlich über Dogmatismus?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie fordern, dass wir bilaterale Kooperationen mit Indien und Brasilien zur Nutzung atomarer Technologien einseitig aufkündigen. Ein einseitiger, aus meiner Sicht sachlich nicht zu vertretender Ausstieg erzeugt aber einen doppelten Schaden. Den größeren Schaden nimmt – das ist heute hier noch nicht gesagt worden – Deutschland, nehmen wir. Auf einen Schlag zerstören wir aufseiten unserer Partner zwei Dinge, die für eine erfolgreiche Kooperation unerlässlich sind, und zwar zwei Dinge, für die Deutschland immer stand und steht: erstens, dass wir ein verlässlicher Partner sind, und zweitens, dass wir ein Partner sind, der weiß, was er tut. Dass wir das zerstören, kann man einfach nicht wollen.

Aber auch für die Kooperationspartner in Indien und Brasilien ist es verheerend, wenn laufende Koope-

- (A) rationen einfach so holterdiepolter gekündigt werden. Denn sie müssen die Arbeit neu beginnen, sie müssen sich neue Partner suchen – ich denke, das ist Ihnen klar –, und diese neuen Partner bekommen aufgrund des unseriösen Verhaltens Deutschlands einen unzulässigen Wettbewerbsvorteil. (C)

Werden wir einmal ganz konkret. Wer wäre denn der Gewinner einer solchen Politik? Vielleicht die russische Atombehörde Rosatom? Deren Vertreter sammeln gerade Expertise im Aufbau von AKWs in Weißrussland und Nigeria. Wollen Sie wirklich, dass sie die Gewinner von dieser Art von Politik sind? Das kann doch wirklich nicht in unserem Interesse sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir verärgern damit nicht irgendwelche kleinen Länder, was – ich will da nicht missverstanden werden – auch schlimm wäre. Vielmehr verärgern wir zwei Länder der BRIC-Staaten, also aufstrebende, wirtschaftlich sehr bedeutende Länder. Mit Indien und Brasilien verärgern wir nun auch noch gerade genau die BRIC-Staaten, die Demokratien sind, und zwar Demokratien fast genau wie die unsrige. Das ist der Kollateralschaden von Ihrer Art von Politik.

Aber der Irrsinn geht noch weiter; Sie haben es selber dargestellt. Deutschland hat ja nicht nur mit Indien und Brasilien Kooperationsverträge zur zivilen Nutzung der Kernenergie. Sie wollen erst, dass wir die Verträge mit Indien und Brasilien kündigen, und dann geht es in gnadenloser Konsequenz mit unseren europäischen Partnern weiter. Da nenne ich einmal Tschechien, die Slowakei, Finnland, Schweden, Spanien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, und das ist nicht einmal die gesamte Liste. Dann geht es natürlich weiter – Konsequenz muss sein! – mit den Verträgen mit der Republik Korea,

(Beifall des Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

mit China, mit Argentinien, mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Ist das wirklich das, was wir verantworten können? Ich glaube, nicht.

Die Atomkraft werden Sie damit global nicht eindämmen – das sage ich Ihnen –, auf keinen Fall. Was Ihnen aber mit Sicherheit gelingen wird, ist, Deutschlands exzellenten Ruf als verlässlicher internationaler Kooperationspartner weltweit gründlich zu beschädigen. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Ja, es ist richtig – das zweifelt auch keiner in diesem Hause an –, dass nach dem Unfall in Fukushima ein Land kollektiv einen längst beschlossenen Atomausstieg plötzlich noch einmal beschleunigt hat, und zwar unser Land, Deutschland; keine Frage. Aber Sie wissen doch, dass wir das einzige Land auf dieser Welt sind, das diesen Weg in dieser Weise geht. (D)

Nehmen Sie doch bitte einmal zur Kenntnis, dass die Atomkraft für den Energiemix vieler Länder essenziell ist, nicht nur für Indien und Brasilien. Das hat übrigens auch mit CO₂-Zielen zu tun. Die sollten wir nicht vergessen; das ist hier auch erwähnt worden. Es ist Deutschland, das von allen Ländern dieser Welt immer ambitioniertere CO₂-Reduktionsziele verlangt.

Ich weiß, Sie sagen, dass die Anstrengungen der Atomkooperation auf den Bereich der erneuerbaren Energien übertragen werden sollen. Gegen erneuerbare Energien in Brasilien oder Indien ist absolut nichts einzuwenden; im Gegenteil: Die lokale Energieversorgung kann dort sicherlich sinnvoll mit einem signifikanten Beitrag erneuerbarer Energien ergänzt werden. Aber diese Projekte laufen längst. Deutschland hat zum Beispiel mit Brasilien seit 2008 ein Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit im Energiesektor mit Schwerpunkt auf erneuerbarer Energie und Energieeffizienz. Diese Sachen gibt es längst.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind wichtig und sollten sich da durchsetzen, wo es sinnvoll ist, aber aus meiner Sicht mit marktwirtschaftlichen Instrumenten. Was wir ganz sicher nicht nach Indien oder Brasilien exportieren sollten, sind deutsche Denkverbote oder eine Energieplanwirtschaft à la EEG; das ist jedenfalls meine persönliche Meinung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland muss ein zuverlässiger internationaler Partner bleiben, nicht nur im Energiesektor, selbstverständlich auch für Indien und Brasilien – zum beiderseitigen Vorteil. Das ist -konsequente, richtige Politik. Was wir dagegen nicht brauchen, sind – ich sage das harte Wort noch einmal – grüner Dogmatismus und grüne Denk- und Kooperationsverbote.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

(A) Kollege Lengsfeld, herzlichen Glückwunsch zur ersten Rede im Deutschen Bundestag. (C)

(Beifall)

Ich verbinde das mit dem Glückwunsch dazu, dass Sie auch die Redezeit eingehalten haben. Das gelingt den wenigsten bei ihrem ersten Auftritt in diesem Hause.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/1336 (neu) mit dem Titel „Kündigung bilateraler Kooperationen im Bereich der Nutzung atomarer Technologien“.

Dazu liegt mit eine Erklärung nach § 31 unserer Geschäftsordnung des Kollegen Bülow vor. Entsprechend unseren Regeln nehmen wir sie zu Protokoll.¹

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verlangt namentliche Abstimmung.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass wir heute noch zwei weitere namentliche Abstimmungen durchführen werden. Die zweite namentliche Abstimmung werden wir zum nachfolgenden Tagesordnungspunkt 9 – also in circa 45 Minuten – durchführen. Die dritte namentliche Abstimmung ist zu Tagesordnungspunkt 11 – „Mehr Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen sicherstellen“ – vorgesehen. Der Tagesordnungspunkt 11 soll abweichend von der geplanten Reihenfolge vorgezogen und mit Zusatzpunkt 8 getauscht werden. Die dritte namentliche Abstimmung findet in gut zwei Stunden statt.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind alle Schriftführerinnen und Schriftführer an ihrem Platz? – Vorne rechts fehlt noch ein Schriftführer. Ich kann nicht erkennen, ob von der Opposition oder von der Koalition. – Ich frage noch einmal: Sind alle Schriftführerinnen und Schriftführer an ihrem Platz? – Das scheint der Fall zu sein. Ich eröffne die Abstimmung über den Antrag.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Wenn das nicht der Fall ist, dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.² Schönen Nachmittag!

(B) (D)

Ansonsten würde ich Sie aus Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen, die jetzt gleich ihre Rede zu einem sehr wichtigen Thema halten wollen, bitten, die Gespräche außerhalb zu führen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können. Das gilt auch für den ehemaligen Schriftführer vorne links, die Kolleginnen und Kollegen hinten sowie Herrn Kauder und andere.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Frau Präsidentin!)

– Ja, Herr Kauder.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ich bin der bravste Mensch hier!)

– Sie sind theoretisch der bravste Mensch. Vielleicht sollte ich eine namentliche Abstimmung darüber abhalten.

Wir wollen jetzt fortfahren in unserer Tagesordnung.

(Beifall – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

¹Anlage 3

²Ergebnis Seite 2786 D